

FEUILLETON

TITELTHEMA

Bleibt jetzt nur der Bruch mit den USA?



Diese Frage bewegt die westliche Welt.
In einem Feuilleton-Spezial schreiben dazu 29 bedeutende Intellektuelle:

Siri Hustvedt, Yascha Mounk, Slavoj Žižek, Dipesh Chakrabarty, Quinn Slobodian,
Donatella Di Cesare, Hans Ulrich Gumbrecht, Eva Illouz, Daniel Marwecki,
Oxana Timofeeva, Lisa Herzog, Herfried Münkler, Eva von Redecker,
Heinrich August Winkler, Rahel Jaeggi, Ulrich Haltern, Kateryna Mishchenko,
Karl Schlögel, Francis Fukuyama, Gabriel Zucman, Esther Duflo, Christoph Möllers,
Peter Sloterdijk, Corine Pelluchon, Seyla Benhabib, Nikolaj Schultz, Emanuele Coccia,
Karolina Wigura, Jarosław Kuisz



Fotos: Juana Serrano/Europa Press/Getty Images; Jeff Gilbert/Alamy/Mauritius; Frédéric Albert (o. v. l.); Roger Cremers/Lumen Photo/Vision (u. l.); Bénédicte Roscat/Sohrkamp Verlag (u. r.)

SIRI HUSTVEDT, USA

Wir leben in einer Lüge

Der Traum von Europa als politischem und wirtschaftlichem Bollwerk, das seine Macht zum Guten in der Welt einsetzen kann, ist alt. 1849 wandte sich Victor Hugo an die internationale Friedenskonferenz in Paris: Es werde der Tag kommen, »an dem alle Nationen unseres Kontinents eine europäische Bruderschaft bilden werden«. Der Tag ist gekommen. Trump 2.0, der 2024 rechtmäßig gewählt wurde, hat im In- und Ausland Dämonen entfesselt, die alte Allianzen auf den Kopf stellen und die ganze Welt destabilisieren. Kanadas Premier Mark Carney hatte recht, als er in Davos Vaclav Havels Geschichte über den Gemüsehändler erzählte, der über seinem Laden ein Schild mit der Aufschrift »Arbeiter aller Länder, vereinigt euch« aufhängt, um die Machthaber zu beschwichtigen. Carney zitiert Havel: Eine solche Heuchelei sei

»ein Leben in einer Lüge«. Die USA leben in einer Lüge. Oben ist unten. 2 + 2 = 5. Weiße Männer werden brutaler diskriminiert. Der Völkermord an Stammesvölkern und die Sklaverei sind für unsere Geschichte unwichtig. Demonstranten sind »radikale linke Verrückte«, »Feinde im Inneren«. Einwanderer, von denen die Wirtschaft abhängt, sind »Kriminelle«, die das »Blut« des Landes »vergiften«. Die zwei ermordeten Demonstranten in Minneapolis, beide ICE-Beobachter, Renée Good, eine Dichterin, und Alex Pretti, ein Intensivpfleger, wurden als »inländische Terroristen« gebrandmarkt. Die offizielle Sprache des Staates ist nun Unsinn. Das sollte jedem Europäer bekannt vorkommen, der auch nur oberflächliche Kenntnisse über den Aufstieg des Faschismus zwischen den Weltkriegen und die brutale Realität der

sowjetischen Unterdrückung hat. Die Nazis wie auch der Sowjetstaat sprachen das, was Hannah Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* Varianten des Unsinnns nannte. Die Unterscheidung zwischen Fakt und Fiktion verschwand, die moralische Bedeutung auch. Ich unterschätze nicht den Aufwand, die ein demokratischer Konsens zwischen den europäischen Nationen bedeutet, aber Beschwichtigung wird den Psychopathen im Oval Office und seine rechtsextremen Handlanger nicht aufhalten. Das Argument für eine Stärkung Europas muss politisch und strategisch sein, vor allem aber muss es ethisch sein. Das Leben in einer Lüge, die durch eine Lawine von Unsinn von oben verstärkt wurde, führte im 20. Jahrhundert zu Massenmord. Wenn dem kein Einhalt geboten wird, kann das wieder passieren.

Siri Hustvedt, 70, ist eine amerikanische Schriftstellerin und zählt zu den wichtigsten Stimmen der Gegenwartsliteratur. Im März erscheint von ihr »Ghost Stories. Ein Buch der Erinnerung« (Rowohlt)

YASCHA MOUNK, DEUTSCHLAND/ USA

Mit wem soll man sich denn sonst verbünden?

Kürzlich entsandten unter anderem Deutschland, Frankreich und die Niederlande Truppen nach Grönland, um das dänische Territorium zu schützen – letztlich auch gegen die Vereinigten Staaten. Noch vor einem Jahr, als Donald Trump seine zweite Amtszeit antrat, wäre dies unvorstellbar gewesen. Doch die Erkenntnis, dass eine alte politische Ordnung zerbricht, dämmernt langsam auch jenen Politikern, die verzweifelt versuchen, weiter in der Vergangenheit zu leben. Das drängt die Frage auf, ob Europa mit den Vereinigten Staaten brechen sollte. Aber so natürlich die Frage auch erscheinen mag – ich fürchte, sie ist falsch gestellt. Es ist sonnenklar, dass Deutschland nicht mehr so stark auf die USA bauen kann wie zuvor. Das Ausmaß, in dem Europa seine militärische Sicherheit nach 1945 an Amerika ausgelagert hat, beruhte auf dem Wissen, dass sowohl demokratische als auch republikanische Präsidenten die Nato schätzen und die EU tolerieren würden. Angesichts der Feindseligkeit, die Trump – und andere Teile der aufstrebenden Rechten – gegenüber der Nato und der EU hegen, wurde diese Abhängigkeit zur Belastung. Doch genauso sonnenklar ist, dass Europa nicht vollständig mit Amerika brechen kann. Bei aller verständlichen Wut, die Europäer etwa wegen



bin Salman in Saudi-Arabien? Den Mullahs im Iran? Die Antwort auf Europas Schwäche muss daher zwei Teile haben. Erstens muss der Kontinent auf weniger sentimentale Weise mit den verfügbaren Partnern arbeiten. Das schließt die Bereitschaft ein, mit unbequemen Regierungschefs rund um die Welt zu verhandeln, auch wenn wir ihre Werte nicht vollständig teilen. Es schließt

aber auch ein, die zunehmend wackelige Allianz mit unserem wichtigsten Partner aufrechtzuerhalten, so gut es geht. Die Nato mag in den nächsten drei Jahren zerbrechen; doch Europa sollte dieses Ergebnis nicht provozieren, sondern es zu verhindern versuchen. Zweitens muss Europa gleichzeitig alles daransetzen, wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Die letzten Monate haben schmerzhaft deutlich gemacht, dass eine starke, aber schwächelnde Wirtschaft und eine starke, stetig wachsende Bürokratie für eine echte Stimme in der Welt nicht ausreichen. Will Europa mehr Autonomie, liegt der Schlüssel nicht im Bruch mit Washington; er liegt darin, die militärische Sicherheit auf dem eigenen Kontinent gewährleisten zu können, fühlbares Wirtschaftswachstum zu erzeugen und vor allem eine echte Rolle in den Technologien der Zukunft – von Elektroautos bis hin zur KI – zu spielen. Die Vorstellung eines Bruchs mit den Vereinigten Staaten ist so naiv wie verlockend. Bis Europa endlich die eigenen Hausaufgaben macht, bedeutet eine Verringerung der Abhängigkeit vom Weißen Haus nur eine Verstärkung der Abhängigkeit vom Kreml oder von der Kommunistischen Partei Chinas. Wenn wir unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen wollen, muss Europa zuerst aus seinem Dämmerenschlaf erwachen.

Yascha Mounk, 43, wurde 1982 in München geboren. Er lehrt Politikwissenschaft an der Johns Hopkins University in Baltimore, ist Host des Podcasts »The Good Fight« und sitzt im Herausgeberat der ZEIT



SLAVOJ ŽIŽEK,
SLOWENIEN

Radikalisiert euch

Am 15. Juli 2018 hat Donald Trump die EU in einem Interview als größten Feind der USA bezeichnet, noch vor Russland und China. Statt diese Behauptung als absurd abzutun, sollten wir uns eine einfache Frage stellen: Was stört Trump so sehr an der EU? Es ist das Europa der geeinten Nationen, ein Kontinent, der sich zumindest halbwegs der Tatsache bewusst ist, dass er die Einschränkungen des Nationalstaats überwinden muss, um sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. Dieses Europa streckt sich verzweifelt nach dem alten Leitsatz der Aufklärung, der Solidarität mit Opfern fordert, die Menschheit als geeint denkt und versteht, dass wir alle denselben Erdball bewohnen. Diese grundlegende Idee wurde ausgehöhlt und halb vergessen. Erst in diesem Moment der Gefahr erinnern wir uns an ihr verborgenes Potenzial: Europa wird in die Zange genommen von den USA und Russland – beide bemüht, es zu zerlegen. Warum aber kümmert sie die EU noch immer, wo diese doch an jeder Hürde scheitert, von der Migrationspolitik bis zur elenden Reaktion auf Trumps Zölle? Es ist offensichtlich nicht das real existierende Europa, das Trump und Putin Sorge macht, sondern die Vorstellung von Europa als Zivilisation. Vergangenes Jahr im November haben die USA ein Papier zu ihrer nationalen Sicherheitsstrategie veröffentlicht. Darin heißt es, Europa habe zwar wirtschaftliche Probleme, die jedoch von »dem realen und weitaus drastischeren Ausblick zivilisatorischer Auslöschung« überlagert würden. In gewisser Weise hat Trump recht – das schreibe und sage ich seit Jahren. Die von Sloterdijk formulierte Vorstellung eines Europas, das sich als »objektive soziale Demokratie« versteht, ist an ihre Grenzen gestoßen. Zu ihr wird es keine Rückkehr mehr geben. Wir stehen deshalb vor einer schwierigen Wahl: Entweder verabschieden wir uns von Sloterdijks Traum, lassen unsere Zivilisation hinter uns und verschreiben uns der neuen Barbarei unter Trump – oder wir streben die Aufhebung der europäischen Zivilisation an. Aufhebung ist dabei im Sinne Hegels gemeint: Indem wir Europa überwinden (»negieren«), können wir es zugleich auf eine neue, höhere Ebene heben. In seinem 1949 erschienenen Buch *Beiträge zum Begriff der Kultur* bemerkte der große konservative Schriftsteller T. S. Eliot, dass es seltene Momente gebe, in denen man sich zwischen Häresie und Unglaube entscheiden müsse. In denen eine Religion nur überleben könne, wenn man sich für die sektiererische Abspaltung von ihrer Leiche entscheidet. Die einzige vernünftige Wahl, die einem in solchen Fällen bleibe, sei die zwischen Häresie und Abfall vom Glauben. Vor dieser Wahl steht nun auch Europa. Um die neuen Rechtspopulisten zu besiegen und jene Teile der liberalen Demokratie zu retten, die es wert sind, muss eine sektiererische Abspaltung erfolgen. Manchmal liegt die Lösung eines Konflikts nicht im Kompromiss, sondern in der Radikalisierung der eigenen Position. Für Europa bedeutet dies, dass der Kontinent souverän werden muss. Es geht nicht darum, die Vereinigten Staaten zu verärgern – im Umgang mit den USA sind tatsächlich pragmatische Kompromisse notwendig –, sondern uns selbst neu zu definieren. Europa erscheint träge und schwach, das stimmt. Es fürchtet jedoch nicht seine Feinde, sondern sich selbst und sein eigenes emanzipatorisches Potenzial.

Slavoj Žižek, 76, ist Philosoph und lehrt am Birkbeck College der University of London und am Institut für Soziologie der Universität von Ljubljana

DIPESH CHAKRABARTY, INDIEN/ USA

Ich fürchte eine Zukunft der Kriege

Die jüngsten Ereignisse haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union verunsichert. Wie soll es mit ihrer militärischen Abhängigkeit von den USA weitergehen? Zweifellos werden sie sich mehrere Optionen offenhalten – von pragmatischen Verhandlungen bis zu prinzipiellem Widerstand –, um mit einem geschäftsorientierten Staatschef wie Trump umzugehen. Sie haben Schritte unternommen, um ihre eigene Wehrhaftigkeit auszubauen, stehen dabei aber vor einem klassischen Problem aus dem Wirtschafts-lehrbuch: Sie müssen entscheiden, wo und wie sie ein Gleichgewicht zwischen ihren Militärausgaben und den für ihre Sozialpolitik erforderlichen Finanzmitteln herstellen wollen. Das wird auch Auswirkungen auf die Politik zur Migration nach Europa haben und damit auf einige der fortschrittlichen Friedensdividenden, die Europa nach 1945 unter dem Schuttschild der von den USA dominierten Nato erzielt hat. Natürlich waren die Vorteile des Bündnisses gut für beide Seiten. Nato-Partner und andere Verbündete haben sich oft an US-Militäreinsätzen im Ausland beteiligt und dafür mit Leben und Geld bezahlt. Eine echte Herausforderung für Europa wird es nun sein, den einzigartigen und lebendigen öffentlichen Raum von Wissenschaft, Medien, Museen und Kunst aufrechtzuerhalten, in dem die Welt noch immer über die wichtigen Fragen unserer Zeit diskutieren kann. Denn Europa ist nach wie vor ein Ideenkraftwerk. Was mich am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, dass die mächtigste Nation der Welt sich wohl aus ihrer Führungsrolle zurückzieht, wenn es darum geht, eine zersplitterte Staatengemeinschaft zusammenzubringen, um die dringendsten und gemeinsamen Probleme der Menschheit für den Rest dieses Jahrhunderts an-

zugehen: den Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt, die Ressourcenverknappung, die digitalen Technologien, KI, die Zukunft der Arbeit und die weltweit sinkenden Geburtenraten, die den Menschen zu einer alternden und urbanen Spezies machen. Wenn das Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie, das im November 2025 vom Weißen Haus veröffentlicht wurde, als Leitfaden dient, dann zeigt sich, dass die USA beabsichtigen, verstärkt auf fossile Brennstoffe und Kernenergie zu setzen und sich weltweit den Zugang zu kritischen Bodenschätzen zu sichern – dass sie die globale Vorherrschaft in den Bereichen KI und Spitzentechnologie erlangen wollen und die Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre. Mit anderen Worten: Wir haben es mit selbstbezogenen Vereinigten Staaten zu tun, die die internationale Ordnung faktisch aufgeben, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit den Vereinten Nationen geschaffen wurde. Es wären Vereinigte Staaten, die sich darauf vorbereiten, einer von vielfältigen Belastungen geprägten künftigen Welt mit schierer wirtschaftlicher und technologischer Macht zu begegnen. Ich hoffe, dass sich diese Befürchtung nicht als sich selbst erfüllende Prophezeiung erweist. Denn diese Zukunftsvision ist düster. Viele Menschen meiner Generation haben seit 1945 von einer Zeit relativen Friedens profitiert. Wir haben keine Kriege von weltweitem Ausmaß erlebt. Es wäre ein Rückschritt in der Geschichte, wenn die Zukunft eine Rückkehr zu einer Welt voller Kriege, nun geführt als Ressourcen- und Klimakriege, und zu den allzu bekannten Tragödien bedeuten würde. Wie kann sich die mächtigste und einflussreichste Nation der Welt, die nach wie vor eine Demokratie ist, nur ihrer globalen Verantwortung so entziehen?



Dipesh Chakrabarty, 77, ist einer der Begründer der postkolonialen Geschichtsschreibung und lehrt in Chicago. Zuletzt erschien von ihm »Ein Planet, viele Welten« (Suhrkamp)

QUINN SLOBODIAN, KANADA

Füttert Trump mit Süßem

In einem Remake von Ernst Lubitschs *Sein oder Nichtsein* aus dem Jahr 1983 gibt es eine Musical-Nummer, mit der der Komiker Mel Brooks Adolf Hitler aufs Korn nimmt. Er wolle keinen Krieg, singt Brooks, »All I want is peace, peace, peace! A little piece of Poland, a little piece of France.« Elon Musk hat den Gag verstanden. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos münzte er die Pointe auf Trump um. »He wants a piece of Greenland«, sagte Musk, »he wants a piece of Venezuela. All he wants is peace.« Während der Redner wie verrückt lachte, blieb das Publikum still. Der Witz kam der Wahrheit wohl zu nahe. Am selben Tag schlug Trump vor, man möge ihm ein paar Stückchen Grönlands überlassen. Mit Argentinien, Ungarn und einigen der undemokratischsten Östaaten stellte er zudem seinen sogenannten Friedensrat für Gaza vor. Sein Schwiegersohn, ein Immobilienunternehmer ohne offizielle Funktion, legte einen Plan für das zerbombte Massengrab vor. Ein futuristisches Luxusresort soll Gaza werden, Verkehrsknotenpunkt und Zentrum der Energieförderung. Die »Donroe-Doktrin« strebt nach US-amerikanischer Hegemonie. Die bitteren Späße aber, die sich Trump in Davos erlaubte, erinnerten nicht an

William McKinley, der als US-Präsident das Territorium der Vereinigten Staaten im späten 19. Jahrhundert vergrößerte. Sie rufen einen anderen William in Erinnerung, den Freibeuter William Walker, der schon Jahre zuvor eine Privatarmee um sich sammelt und seinen eigenen Staat in Zentralamerika gegründet hatte. Wie soll Europa einer solch althergebrachten Vorstellung von Imperialismus begegnen? Womöglich, indem es Trumps Forderungen doch irgendwie entgegenkommt. Was sind US-Militärstützpunkte und Botschaften denn, wenn nicht extraterritoriale Enklaven? Wie soll man sich das Genfer Zolffreilager vorstellen, wenn nicht als Ort, der an keinem bestimmten Ort existiert? Und wie die mehr als 6.000 Sonderwirtschaftszonen auf der Welt, wenn nicht als Inseln ohne Bezug zu den Ländern, die sie umschließen? Es mag verzweifelt klingen, aber vielleicht sollte Europa einfach mit Trump-Zonen um sich schmeißen wie mit Süßigkeiten an Halloween – und dem Präsidenten gerade genug Snacks überlassen, dass er satt ins Bett fällt. Ein Eingeständnis der eigenen Schwäche wäre das wohl. Aber eins, auf das sich die Europäer seit langer Zeit vorbereiten.



Quinn Slobodian, 47, ist Professor für Internationale Geschichte in Boston. Im Februar erscheint sein Buch »Muskismus« (Suhrkamp)

USA: BLEIBT JETZT NUR DER BRUCH?

DONATELLA DI CESARE, ITALIEN

Aufrüstung ist nicht die Lösung

Europa steht vor einer epochalen Entscheidung. Solche Momente sind selten – und sie vergehen schnell. Sie verlangen Klarheit und Mut. Heute steht nicht nur die geopolitische Rolle Europas auf dem Spiel, sondern seine Existenz als eigenständiger Akteur. Es wäre jedoch ein schwerer Fehler, Donald Trump zum alleinigen Schuldigen der gegenwärtigen Lage zu erklären.

So real die Gefahr des Trumpismus auch ist – eine Form von Technofaschismus, die die amerikanische Demokratie von innen aushöhlt, und eines rücksichtslosen Imperialismus –, er allein erklärt nicht die Situation, in der sich Europa befindet. Bereits vor ihm hatten



In den vergangenen Jahren hat sich Europa von einer beunruhigten Seite gezeigt: schweigend, passiv, politisch schlafwandelnd. Unfähig, Risiken zu erkennen und die Herausforderungen anzunehmen. Man denke nur an die Energiekrise oder an das fast vollständige Fehlen einer eigenständigen europäischen Diplomatie zwischen Kiew und Moskau. Schon damals war deutlich, dass die USA eine zunehmend aggressive Außenpolitik verfolgten – auch gegenüber Europa: der Rückzug aus jeder Verantwortung für einen Krieg auf europäischem Boden, während sich der strategische Blick auf die globale Konfrontation mit China richtete. Dies nicht sehen zu wollen – oder nicht sehen zu können –, gehört zu den gravierendsten Versäumnissen der vergangenen Jahre.

Trump reißt heute den Schleier auf brutale Weise weg. Er schafft keine neue Realität, sondern macht es unmöglich, das zu ignorieren, was längst offen zutage lag. Er legt eine politische Richtung

Donatella Di Cesare, 69, lehrt Philosophie an der Universität La Sapienza in Rom. Im Frühjahr erscheint ihr Buch »Demokratie und Anarchie« (Matthes & Seitz)

HANS ULRICH GUMBRECHT, DEUTSCHLAND/ USA

Lasst die Moral aus dem Spiel

Zum ersten Jahrestag von Donald Trumps zweitem Amtsantritt im Weißen Haus dokumentierte die *New York Times* genau und eher resigniert, dass sich Konsistenzen oder gar Strategien in seiner Politik weniger denn je identifizieren lassen. Alles scheint möglich, und nichts ist vorherzusagen, was begründete Konsistenzen wie Strategien auch in der Reaktion auf den US-Präsidenten ausschließt. Eine solche Stimmung der Orientierungslosigkeit kann allerdings neue Horizonte der Vorstellung und des Denkens öffnen. Doch bisher wurden diese sowohl von der sonoren Empörung als auch vom flexiblen Opportunismus unter Trumps Beobachtern und Antagonisten eher blockiert.

Wenn man zum Beispiel einmal annähme, dass tatsächlich beständige bilaterale Verhandlungen als zentrale Form der Politik an die Stelle der ererbten, auf gemeinsamen Werten gegründeten Bündnisse getreten sind? Davon ausgehend könnte man Ansätze entwickeln, die den USA Konzessionen bringen, wie es umgekehrt bisher allein Trump durch seine über andere Nationen verhängten Zölle gelungen ist. Ob aber die Europäische Union oder die europäischen Länder realistische Aussichten haben, Druck auf Washington auszuüben, wird sich erst erweisen, wenn Europa sein nicht selten moralisierendes Festhalten an Traditionen durch die Dynamik überraschender Initiativen ersetzt.

Hans Ulrich Gumbrecht, 77, ist emeritierter Professor für Literatur in Stanford. Im März erscheinen seine Memoiren »Sepp« (Suhrkamp)

frei, die sich seit geraumer Zeit abgezeichnet hatte, die man aber nicht wahrhaben wollte. In diesem Szenario droht Europa zum Tongefäß zwischen Mächten aus Eisen zu werden. Viele glauben, die Antwort auf diese Lage liege in der Aufrüstung. Ich halte das für einen Irrweg. Nicht, weil Sicherheit keine Rolle spielte, sondern weil militärische Angleichung politische Selbstaufgabe heißt. Wer das Modell der Macht übernimmt, übernimmt auch seine Logik. Europa würde sich damit endgültig einem Maß unterwerfen, das nicht das seine ist.

Der einzige gangbare Weg ist ein anderer: die Beschleunigung der politischen Einheit Europas. Nicht als technokratisches Projekt, sondern als bewusste

Entscheidung der europäischen Völker. Das setzt voraus, innere Spaltungen zu überwinden, nationale Rivalitäten zurückzustellen und einer Fragmentierung entgegenzutreten, die täglich zunimmt. Seit Langem ist von einem gespaltenen Westen die Rede – vielleicht ist es an

der Zeit, diese Spaltung nicht länger zu verdrängen.

Europa muss seine eigene Tradition neu beleben: die demokratische Tradition, die aus der Erfahrung von Krieg, Nationalismus, Verfolgung und Totalitarismus hervorgegangen ist. Es war nie dann am stärksten, wenn es militärisch dominierte, sondern wenn es die Macht zu begrenzen wusste. Seine Berufung ist nicht die Eskalation, sondern die Unterbrechung. Gerade in einer Welt, die immer stärker auf Waffen, Krieg und eine wachsende globale Rücksichtslosigkeit zusteuert, muss Europa – so paradox es klingen mag – genau das Gegenteil tun. Nicht sich beugen, nicht sich anpassen, nicht imitieren. Es muss den Mut haben, sich neu zu denken: als politisches Labor des Zusammenlebens, als Avantgarde des Friedens und der Rechte.

Dazu sollte eine Bereitschaft kommen, den Stellenwert und die Zukunftsperspektiven des sogenannten alten Kontinents in den gegenwärtigen globalen Zusammenhängen von Wirtschaft, Technologie und militärischen Potenzialen nüchtern zu analysieren, statt ständig larmoyant über den »Bruch« überkommener Ordnungen zu klagen. Die Vereinten Nationen stammen wie die Nato aus der frühen Phase des Kalten Krieges, die Prozesse der europäischen Einigung wurden wenig später mit dem Ziel gestartet, in jener mittlerweile vergangenen Konstellation externe Stabilität und ein Bewusstsein von interner Kohärenz zu gewinnen. Seit dem Kollaps der Sowjetunion 1989 und angesichts des Aufstiegs der Volksrepublik China hat die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und der anderen unumstrittenen Weltmacht an ideologischer Spannung verloren und sich vom Atlantik



zum Pazifik bewegt. Die Frage nach dem daher veränderten eigenen Status und der langfristigen Zukunft angesichts dieser fundamental veränderten Bedingungen wird in Europa immer noch von vagen, aber vielleicht berechtigten Befürchtungen verdrängt. Die Frage dennoch explizit zu stellen und in ihren Konsequenzen zu verfolgen, würde die Fixierung der Aufmerksamkeit auf Trump abschwächen und stattdessen für die anstehenden drei Jahre zu einer wachsenden, zumindest geistigen Unabhängigkeit führen. Dies würde auch uns amerikanischen Wählern zu denken geben.



EVA ILLOUZ, ISRAEL/ FRANKREICH

Europa ist den USA überlegen

Was bleibt von internationalen Beziehungen, wenn sie nicht länger durch verlässliche Regeln und Normen getragen werden? Wie kann eine Gemeinschaft von 27 Staaten über Sicherheit und Souveränität entscheiden, wenn die Dichte wechselseitiger Abhängigkeiten Koordination und Priorisierung von Risiken zunehmend erschwert, wenn nicht unmöglich macht? Und wie soll die Europäische Union auf die Aggressivität eines Staates reagieren, der weder Feind noch Verbündeter ist, sondern eine hybride Figur: ein »Enemally«?

Als politische Gemeinschaft ist die EU den USA demografisch wie institutionell überlegen: höhere Lebenserwartung, robustere soziale Sicherungssysteme und Gesundheitsversorgung, strengerer Datenschutz, wirksamere Regulierung von Monopolen, enge demokratische Kontrollmechanismen, deutlich geringere Waffengewalt, Führungsstärke in der Klimapolitik, freier Zugang zu Bildung. Nahezu jeder Vergleich führt zum selben Ergebnis: Gemessen an Attraktivität, internationaler Legitimität, der Fähigkeit, gesellschaftlichen Wohlstand breit zu verteilen, und innerem Zusammenhalt bietet die Europäische Union heute das stärkste politische Modell der Welt. Und doch tritt Europa auf, als wäre es der Juniorpartner der USA.

Die EU wurde im Schatten des Völkerrechts und als Friedensprojekt gegründet. Sie hat die Sprache von Macht und Zwang bewusst zugunsten prozeduraler Aushandlung und Bürokratie zurückgedrängt – und damit ihre militärische Sicherheit faktisch an die USA delegiert. Zugleich ist sie in zentralen Zukunftstechnologien ins Hintertreffen geraten, was wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Nachteile nach sich zieht. Interdependenz sollte Frieden garantieren; paradoxerweise hat sie Verwundbarkeit erzeugt.

»Schwäche« ist das fatale Image, das der EU anhaftet. Krim, Ukraine, Grönland bündeln sich zur zentralen Frage: Sollen multilaterale Bündnisse und Rechtsstaatlichkeit – die DNA Europas – Vorrang haben oder jene rohe Machtpolitik, die den USA handfeste Vorteile in der globalen Hegemonie verschafft? Der Umgang mit russischen Vermögenswerten ist bezeichnend: Während die EU durch Staatenimmunität, Eigentumsschutz und Menschenrechtsbindung begrenzt war, interpretierten die USA das Recht flexibel im eigenen Interesse. Eine Ordnung, die sich an Recht bindet, verfügt über geringere Handlungsspielräume als eine, die Recht bricht, um strategische Vorteile zu erzielen.

Muss Europa daraus den Schluss ziehen, seine Identität aufzugeben und Macht zum Recht zu machen? Nein. Gerade eine Union, die von administrativer Rationalität geprägt ist, sollte diesen Moment nicht überintellektualisieren. Putin und Trump führen uns mit brutaler Klarheit die Logik aggressiver Macht vor. Darauf muss Europa mit Entschlossenheit reagieren. Doch Stärke bedeutet nicht Selbstverleugung. Finanzmärkte, politische Stabilität und gesellschaftlicher Wohlstand gedeihen dort, wo Verlässlichkeit, Vertragstreue und Vorhersagbarkeit herrschen, nicht im Chaos. Auch die USA werden erkennen, dass sie selbst auf die Atlantische Allianz angewiesen sind und sich die Illusion der Isolation nicht leisten können. Macht kann das Recht nicht ersetzen. Darin liegt die Stärke Europas.

Eva Ilouz, 64, ist Professorin für Soziologie an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris. Zuletzt erschien »Der 8. Oktober« (Suhrkamp)

DANIEL MARWECKI, DEUTSCHLAND/ CHINA

Ein asiatisches Jahrhundert zieht auf

Warum sind die USA in Europa? Wegen des Kalten Krieges. Es ging darum, die Sowjetunion aus Westeuropa herauszuhalten, während man gleichzeitig die Bundesrepublik in den Westen integrierte. Warum sind die USA nach dem Zerfall der Sowjetunion mit ihrem Militär und durch das Instrument der Nato in Europa geblieben? Nicht zuletzt, weil sie es konnten. Die USA waren die »unipolare« Supermacht. Niemand konnte es mit ihnen aufnehmen, weshalb die Kosten für ihre Hegemonie gering ausfielen. Gerade für Deutschland war diese Hegemonie segensreich. Amerikanische Sicherheit, russische Energie und der chinesische Absatzmarkt waren die Säulen eines Erfolgsmodells, die gerade gleichzeitig zusammenbrechen.

Warum kann sich Europa heute nicht mehr auf die USA verlassen? Weil mit der Multipolarisierung der Welt die Kosten für globale Hegemonie gestiegen sind. Seit der Präsidentschaft Barack Obamas orientieren sich die USA in Richtung des aufsteigenden Asiens. In der ersten Amtszeit von

Donald Trump und unter Joe Biden versuchten die USA, den Aufstieg Chinas durch Zölle und Exportkontrollen im Hochtechnologiesektor zu begrenzen. Die zweite Präsidentschaft von Donald Trump aber markiert einen Übergang: hin zu einer Welt nach dem



Westen. Die von den USA hochgehaltene liberale und regelbasierte Ordnung, die für viele ihrer Teilnehmer weder liberal noch regelbasiert war, wird nun auch innerhalb des Westens mit Abschiedsreden bedacht. Die eindrucksvollste dieser Reden hat der

Daniel Marwecki, 38, lehrt Internationale Beziehungen an der University of Hong Kong. Zuletzt erschien von ihm »Die Welt nach dem Westen« (Aufbau)



Fotos: Biancolini/Fotogramma/Ropi; Corinna Kern/Laif; privat (o. v. l.); Verena Bürling (u. r.); Jürgen Bauer/Suhrkamp Verlag (u. l.)

OXANA TIMOFEEVA, RUSSLAND/ DEUTSCHLAND

Intelligenz schlägt Angst

Die Situation Europas erinnert mich an die alte Legende von Odysseus und seinem Schiff, das durch eine Meerenge zwischen zwei Ungeheuern hindurchmuss. Auf der einen Seite der Meerenge befindet sich Skylla, ein Monster mit sechs Köpfen und langen Hälsen, das die Menschen fängt und frisst. Auf der anderen Seite gibt es ein Ungeheuer namens Charybdis, das jedes durchfahrende Schiff durch einen riesigen Wasserstrudel in sich hineinsaugt. Europa ist heute wie dieses Schiff, das einen Weg finden muss zwischen zwei Imperien, Russland und den USA.

Allerdings ist Europa selbst weder ein Imperium noch ein Staat. Seine imperialistischen Ansprüche sind Geschichte. Was uns diese Geschichte lehrt, ist, dass Imperialismen kein gutes Ende nehmen und es keine Ausnahme von dieser Regel gibt. Zwischen Russland, das seine Macht durch militärische Gewalt demonstriert, und den USA, die in Richtung einer Monokratie zu driften scheinen, muss Europa wie ein Schiff navigieren, das keinen Kapitän hat. Doch dies ist keine Schwäche, sondern seine größte Stärke.

Seine Diversität – kulturell, politisch, sexuell, religiös – und seine existenzielle Vielfalt machen das Schiff Europa aus. Denn es ist ein komplexes System, das aus vielen verschiedenen Elementen besteht und auf einer raffinierten Balance seiner Teile basiert. Es hat viele Staaten und viele unterschiedliche Leute an Bord. Diese Menschen sprechen verschiedene Sprachen, und die Staaten haben verschiedene Regierungsformen. Es gibt keinen Führer, der für alle einen Weg erzwingt und sich selbst über das Gesetz stellt.

Stattdessen waltet eine Resonanz der Kräfte – die Kunst des friedlichen Miteinanders. Diese Resonanz, durch die eine supranationale Demokratie entsteht, ist das Ergebnis schwieriger und tragischer historischer Erfahrungen sowie des guten politischen Willens der europäischen Staaten und der Menschen, die in ihnen leben.

Ich möchte keineswegs behaupten, dass dieses System ideal oder unproblematisch ist. Aber es ist einzigartig auf dem Planeten Erde. Deshalb müssen wir heute darüber nachdenken, mit welchen Strategien wir seine Lebensfähigkeit und Nachhaltigkeit garantieren können. Meiner Meinung nach ist

kanadische Premierminister Mark Carney gerade in Davos gehalten.

Donald Trump wurde schon mit vielen Vokabeln beschrieben. In einem tieferen historischen Sinn versteht man ihn am besten so: als idiosynkratischen Abstiegsmanager westlicher Vormacht. Weil Trump in dieser Hinsicht nicht viel mehr ist als eine Übergangsfigur, die sich ihrer eigenen Rolle wohl nicht einmal gewahr ist, nützt es auch der deutschen Öffentlichkeit und Politik wenig, angstvoll auf seine nächsten Drohungen und Kapriolen zu warten.

Vielmehr gilt es, einerseits auf die Selbstheilungskräfte der amerikanischen Demokratie zu hoffen, während man sich gleichzeitig auf das asiatische Jahrhundert vorbereitet. Die historische Mindestaufgabe für die deutsche Politik lautet, Europa als strategisch autonomen, verteidigungsfähigen, aber nicht aggressiven Pol in der Welt zu positionieren. Das ist schwer. Gleichzeitig aber steckt in dieser Idee der Keim einer politischen Vision, wie sie den nihilistisch gewordenen Abstiegsgesellschaften des alten Kontinents so fehlt.

Oxana Timofeeva, 47, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Künste in Berlin. Sie gehört dem Künstlerkollektiv Chto Delat (Was tun) an

USA: BLEIBT JETZT NUR DER BRUCH?

KARL SCHLÖGEL, DEUTSCHLAND



Karl Schlögel, 77, wurde 2025 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet

»Die Erde wird neu vermessen«

Welches neue Zeitalter hat gerade begonnen? Und wie kann uns die Geschichte helfen, die Gegenwart in den USA und Grönland, in Russland und der Ukraine zu verstehen? Ein Gespräch mit dem Historiker Karl Schlögel über das 21. Jahrhundert

DIE ZEIT: Herr Schlögel, eines Ihrer bedeutendsten Bücher heißt *Im Raume lesen wir die Zeit*. Was können wir aus den Großraumfantasien von Donald Trump über unsere Zeit herauslesen?

Karl Schlögel: Die Ereignisse überschlagen sich gerade, darum ist es sehr schwer, Abstand zu halten oder gar die geschichtsphilosophische Dimension dessen zu erfassen, was in der Welt geschieht. Wie kann man als Interpret da mithalten? Was ist die richtige Lesart? Es scheint mir, als müssten wir grundsätzlich neu darüber nachdenken, wie sich Geschichte ereignet. Aber wie geht das in einem Ton, der weder prophetisch ist noch ein Kassandraruuf, der sich aber dennoch einlässt auf das Dunkel dieses weltgeschichtlichen Augenblicks, den wir gerade erleben?

ZEIT: An welchen Moment der Geschichte erinnern Sie der Januar 2026? Trump entführt einen Staatschef in die USA, er gründet in Davos einen »Friedensrat«, er beansprucht Grönland für sich, zieht das aber plötzlich zurück.

Schlögel: Ich denke an andere Ereignisse, die die Welt überrumpelt und in eine andere Zeit katalysiert haben: an München 1938, den Hitler-Stalin-Pakt 1939 oder, im Positiven, den Fall der Mauer 1989. Die gegenwärtige Wertsituation, das außenpolitische Verhalten der USA, das sich jeder Tradition und Logik zu entziehen scheint, zwingt uns dazu, über die Unberechenbarkeit von Geschichte nachzudenken. Es scheint diesen Einschlag, also diese kurzzeitig drohende Annexion von Grönland durch die USA, zu brauchen, damit man wieder zur Kenntnis nimmt, dass der Gang der Welt keinem Fortschrittsprogramm und keiner List der Vernunft folgt, dass Geschichte immer offen ist, dass sie sich ihr Flussbett immer neu sucht.

ZEIT: Was war für Sie der erste Einschlag, der Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022?

Schlögel: Die Besetzung der Krim 2014 – und zwar ohne nennenswerten Widerstand des Westens. Dann Russlands Invasion 2022. Ein Einschlag war für mich aber auch die demonstrative Demütigung Selenskyjs im Oval Office durch Trump und seine Getreuen. Für mich war das die Aufkündigung aller dessen, was man von den Traditionen der amerikanischen Republik kannte, ihren Manieren, ihren Ritualen, ihrer diplomatischen Kultur.

ZEIT: Etwas ist unweigerlich zu Ende gegangen. Was?

Schlögel: Das lange 20. Jahrhundert. Seine moralischen Regeln, seine Utopien, seine Gewissheiten. Wir müssen 2026 wieder von einer völligen Offenheit der Geschichte sprechen. Bei allem Irrsinn, der gerade auf der Welt geschieht, müssen wir festhalten: Wir sind plötzlich gezwungen, ganz neu

nachzudenken. Das ist das Schockierende und das Große dieses weltgeschichtlichen Moments.

ZEIT: Das Große?

Schlögel: Ja, weil Schocks dieser Art einen zwingen, sich neu zu vergewissern, bei allem Unglück, das mit solchen Umbrüchen einhergehen kann. Man sieht es daran, dass die Politiker und die Menschen allenthalben »fassungslos« sind. In diesem wiederkehrenden Wort, in der »Fassungslosigkeit« kündigt sich der Paradigmenwechsel an. Es zeigt, dass wir keine Begriffe mehr für die Beschreibung dessen haben, was vor sich geht. Das ist eigentlich eine Kapitulationserklärung. Und zugleich markiert es die Neuartigkeit der intellektuellen Situation.

ZEIT: Das klingt fast so, als freuten Sie sich darauf.

Schlögel: Ich hatte mich eigentlich für den Rest meines Lebens darauf eingestellt, den Putinismus verstehen zu wollen. Auf den Trumpismus war ich nicht gefasst.

ZEIT: Sie haben in Ihren Büchern immer dafür plädiert, dass das »Räumliche« wieder als natürliche Dimension des Nachdenkens anerkannt wird. Nun

geschützt werden, auf denen die amerikanischen *Lend-Lease*-Lieferungen in die Sowjetunion gelangen konnten. Grönland tauchte hier auf als Vorposten der westlichen Hemisphäre in der Verteidigung der USA und Europas gegen die Angriffe Hitler-Deutschlands. Der Nordatlantik wird bei Bowman auf die Frage hin untersucht, also als Teil des Frontverlaufs im Zweiten Weltkrieg, der sich, was oft übersehen wird, bis in den hohen Norden erstreckte. Bei Trump taucht Grönland wieder auf als Schauplatz rivalisierender Ansprüche von Großmächten, diesmal Russlands, Chinas, Amerikas.

ZEIT: Ist das der große Unterschied zwischen Putin und Trump? Putin beruft sich auf die Geschichte in seinem Anspruch auf die Ukraine. Trump beruft sich auf gar nichts mehr und agiert spontan, wenn er die Weltkarte umschreiben möchte?

Schlögel: Wir sollten trotzdem nicht so naiv sein, es für eine Laune zu halten. Es war Trump offenbar bitterernst. Insofern hilft der Verweis auf den Geostrategen Isaiah Bowman und seine Vorstellung von der westlichen Hemisphäre eben doch:

Russland und China sind an dieser »Seidenstraße« seit Langem interessiert.

ZEIT: Was für eine neue Zeit beginnt da gerade?

Schlögel: Das Zeitalter einer neuen Geografie mit neuen Zonen, Frontlinien, Allianzen. Die Erde wird neu vermessen. Der Umriss einer neuen Karte der Welt wird sichtbar. Ich habe mich in meiner Arbeit für die Anerkennung des »Räumlichen« in der Geschichtswissenschaft starkgemacht. Das stand wegen der Kontaminierung des Raumbegriffs durch die Nationalsozialisten immer unter einem Generalverdacht. Irgendwann kehrte der Raum aber doch wieder ins Denken von Geschichte und Gesellschaft zurück. Seither geht es fast wieder ins andere Extrem: Geopolitik wird zum Allerweltsschlüssel, der alles erklären soll.

ZEIT: Werden Amerika und Europa, die durch einen Ozean getrennt sind, nicht zwangsläufig auf alle Zeiten Partner sein? Der kanadische Premier Carney hat in seiner bemerkenswerten Rede in Davos vom »Beginn einer brutalen Realität« gesprochen, »in der die Geopolitik zwischen den

derte Leute, die Bescheid wussten, also Fachkompetenz. Ich weiß nicht, ob es das derzeit im Weißen Haus noch gibt. Die Behandlung von Selenskyj bei seinem Besuch lässt mich sehr daran zweifeln.

ZEIT: Wenn wir in Europa künftig auf uns allein gestellt sind: Was wäre unsere wichtigste Aufgabe?

Schlögel: Wir müssen uns darüber verständigen, dass der neuen Weltordnung auch neue Raumverhältnisse mit neuen Kraftzentren entsprechen, dass sich der Schauplatz der Auseinandersetzung des Westens mit dem Lager des Autoritarismus geändert hat. Wir müssen uns neu aufstellen – erst einmal gedanklich. Wir dürfen keinen nostalgischen Ton anschlagen, aber uns doch der Kraft des Westens, also der Europäer und Amerikas, besinnen – so schwer das mit diesem Präsidenten fällt.

ZEIT: Trump scheint sich genauso wenig um das Völkerrecht zu scheren wie Putin.

Schlögel: Ja, sein Wunsch, Grönland zu annektieren, entspricht der Anerkennung von Putins Plan zur Unterwerfung der Ukraine. Trump bestärkt Putin in dem Gefühl, dass der Bruch des Völkerrechts und der Einsatz militärischer Gewalt legitime Formen gegenwärtiger Außenpolitik sind. Wir müssen konstatieren: Putin und Trump sind Brüder im Geiste. Darum schweigt Putin im Moment, daher dessen Zurückhaltung gegenüber Trumps Interventionen in Venezuela, im Iran, in Grönland.

ZEIT: Elias Canetti hat über das 20. Jahrhundert gesagt: Wenn wir nicht zwischendurch immer wieder falsche Hoffnungen gehabt hätten, hätten wir es nicht überlebt. Welche Hoffnungen haben Sie, damit wir das 21. Jahrhundert überleben?

Schlögel: Es ist eine historische Lehre aus der Vergangenheit Europas, dass es sich in scheinbar ausweglosen Situationen immer wieder aufgerappelt hat. Der Widerstand der Alliierten, angeführt von einem standfesten England gegen Hitler etwa, der Wiederaufbau nach 1945, die Befreiung Osteuropas nach 1989. Es gibt eine Resilienz in Europa, an die ich weiter glaube. Europa ist kein Museum. Entschuldigen Sie, wenn ich pathetisch werde, aber es gibt da eine Schönheit, ein tiefes Wissen um das, was verteidigungswert ist, und eine Erwartung, den verborgenen Reichtum ins Spiel zu bringen und die Herausforderung anzunehmen, in der Technologie etwa. Vielleicht ist der Abstand zu Amerika doch nicht so uneinholbar und die Ausdauer im Kampf gegen Putins Urbizid in der Ukraine größer, als es dem dekadenten Europa der russischen Propagandisten nachgesagt wird. Wenn, ja wenn wir die Kräfte Europas bündeln. Vielleicht kommen dann mehr Potenzen zum Vorschein, als wir in Momenten unserer Fassungslosigkeit annehmen.

Das Gespräch führte Florian Illies

»Trump und Putin sind Brüder im Geiste«

scheint nach Putin auch Trump daraus eine natürliche Dimension der Außenpolitik zu machen.

Schlögel: Dass alle Geschichte, alle Politik einen Schauplatz hat, buchstäblich »stattfindet«, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Wenn das Territorium Grönlands, Bestandteil Dänemarks, Teil des Nato-Gebiets, plötzlich von den USA beansprucht wird, leitet sich das aber nicht aus der Geografie ab, sondern aus den imperialen Ambitionen von Trumps Amerika in einem Augenblick, da die alte Weltordnung in die Brüche geht. In diesem Prozess rückt Grönland plötzlich ins Zentrum bei der Verfertigung einer neuen Weltkarte.

ZEIT: Wie alt ist der Traum von der Amerikanisierung Grönlands?

Schlögel: Um mich zu vergewissern, habe ich noch einmal bei Isaiah Bowman nachgelesen, dem großen Geografen und Berater Präsident Wilsons bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919, der auch Präsident Franklin D. Roosevelt während des Zweiten Weltkriegs gedient hat. Grönland spielte in seinem Denken zunächst keine große Rolle. Aber das änderte sich mit dem Krieg Nazideutschlands, der Besetzung Dänemarks, Norwegens, der Ausweitung des Krieges auf den Nordatlantik. Es ging zuerst darum, die deutschen Kriegsschiffe und U-Boote aus diesem Raum, der zur neutralen Zone erklärt wurde, fernzuhalten. Nach dem Eintritt der USA in den Krieg mussten die Transportlinien

Grönland und der ganze Norden waren im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg schon einmal in den Vordergrund gerückt.

ZEIT: Nun war Trump in Davos plötzlich mit der Stärkung seiner militärischen Präsenz auf Grönland zufrieden. Offenbar hatten ihn die Drohungen erreicht, dass Europa amerikanische Staatsanleihen verkaufen könnte, um nicht länger das US-Handelsdefizit zu finanzieren. Rückt Grönland damit aus dem Fokus der Weltpolitik?

Schlögel: Nein, wegen seiner strategischen Lage. Trump hat darüber gesprochen, wie wichtig die Insel für sein Raketenabwehrsystem Golden Dome ist. Dafür »braucht« er Grönland, wie er sagt. Es ist offenbar in Militärkreisen schon lange klar, dass die Vereinigten Staaten nicht zu verteidigen sind, wenn sie nicht über ein Territorium verfügen, das sie schützen könnte. Für mich war Trumps Rede vom Golden Dome als Schutzschild der Hinweis, dass es in Washington doch versierte Geopolitiker gibt. Grönland bleibt eine sehr ernste Angelegenheit, auch wegen eines anderen Aspektes.

ZEIT: Welcher ist das?

Schlögel: Es geht um die Öffnung der Nord-Ost-Passage in der Arktis. Weil sie durch die Erwärmung des Polarmeeres eisfrei wird und damit einen ganz neuen Seeweg eröffnet. Nicht mehr mühsam über den Sueskanal und Singapur, sondern oberherum, durchs Eis, kürzer und preisgünstiger.

Großmächten keinen Beschränkungen unterliegt.

Schlögel: Ja. Wir werden sehr viel Neues lernen müssen, aber die Lehrbücher sind noch nicht geschrieben. Es gibt ja die alte Denkschule, wonach den Deutschen, dem alten Europa, Russland und Eurasien geistig viel näher sind als Amerika, auch weil man Teil desselben Kontinents ist. Klaus von Dohnanyi hat gerade ähnlich in einem Interview argumentiert. Daraus kann etwas entstehen, was ich sehr falsch finde; es läuft auf die Wiederbelebung bekannter Ressentiments der Alten gegenüber der Neuen Welt hinaus. Ich glaube, wir sollten die Neuartigkeit der gegenwärtigen Situation auch für ein neues Denken nutzen.

ZEIT: Können Sie das kurz umreißen?

Schlögel: Wir müssen die alte westliche Wertegemeinschaft auf die Höhe der Zeit bringen, eine Lebensform verteidigen, die es über den Atlantik hinweg gegeben hat und die trotz des weltweiten Trends zum Autoritarismus der *strong men* bis heute von starker Attraktion ist. Der Atlantik wäre darin das Mittelmeer eines erneuerten Westens.

ZEIT: Kann man eigentlich rationale Politik gegen den irrationalen Charakter Trumps machen?

Schlögel: Mich beschäftigt weniger Trumps Charakter als die Frage, was in seinem *brain trust* vor sich geht, mit dem er seine imperialen Pläne diskutiert. Es gab in der amerikanischen Administration um alle Präsidenten herum über Jahrhun-

RAHEL JAEGGI, DEUTSCHLAND/SCHWEIZ

Mit dem Bully vom Schulhof spielen wir nicht

Europa muss zusammenhalten, Stärke zeigen, widerstehen. Von Merz bis Macron ist diese Rhetorik derzeit allgegenwärtig – und sie ist ja auch nicht falsch. Wer sich einem Bully nicht entgegenstellt, lädt ihn zum Weitermachen ein. Die Logik des Schulhofs ist da brutal und einfach. Das vorläufige Zurückweichen Trumps in der Grönlandfrage zeigt, dass Widerstand wirkt.

Dass demokratische Gesellschaften keine Kriege gegeneinander führen werden, diese These kann man vielleicht bezweifeln. Ihre Umkehrung aber erweist sich als zutreffend: Faschistische Politik lebt von Eskalation, von Feindproduktion, von der permanenten Mobilisierung nach außen wie nach innen.

Es geht aber nicht nur darum, Trumps autoritärem Erpressungsstil standzuhalten; sondern darum, die globalen Tendenzen des Autoritarismus, der Unterhöhlung der Demokratie, der sich ausbreitenden Faschisierung zu bekämpfen. Das aber verlangt mehr als sicherheitspolitisches Erwachsenwerden und etwas anderes als die Verteidigung des Staus quo. Die liberale Demokratie und die Institutionen einer normativ gebundenen Weltordnung werden nicht nur von außen angegriffen, sie erodieren von innen.

Was also soll Europa tun? Nicht Trumps Spiel besser spielen – sondern es verweigern. Das bedeutet mehr, als territoriale Drohungen abzuwehren. Es heißt,

den autoritären und nationalistischen Rahmen insgesamt nicht zu akzeptieren: nicht in der Migrationspolitik, nicht in der Wissenschaftspolitik, nicht in der Normalisierung von Zensur und dem öffentlichen Zelebrieren sozialer Grausamkeit. Es bedeutet, Solidarität mit denen zu zeigen, die mit immens hohem Einsatz in der klirrenden Kälte von Minnesota gegen ein immer grausamer agierendes Regime kämpfen und sich der Brutalität der Trumpschen Einwanderungspolitik entgegenstellen.

Bei aller Verworrenheit der Situation ist die Aufgabe dann doch recht klar: Sie besteht darin, die nicht mehr nur schleichende Faschisierung zu verhindern, innerhalb wie außerhalb Europas. Solidarität muss mehr beinhalten als die Empörung über den Unrechtsstaat dort drüben. Sie beinhaltet, die eigenen Lager zu räumen, die Festung Europa zu öffnen, die Schwachen nicht gegen die Schwächsten auszuspielen und soziale Ungleichheit und Prekarität – global – zu bekämpfen.

Wenn Faschismus die regressive Reaktion auf Krisen ist, dann muss man diese Logik umkehren. Vielleicht braucht Europa dazu, wie die USA mit dem neuen New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani, selbst einen Mamdani-Moment: Licht in finsternen Zeiten. Und die Einsicht, dass der Rechtsstaat und die normative Weltordnung sich nur nach vorne verteidigen lassen.



Rahel Jaeggi, 59, ist Professorin für Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuletzt erschien von ihr »Fortschritt und Regression« (Suhrkamp)

ULRICH HALTERN, DEUTSCHLAND

Lasst die Bürokraten ran

Es kann einem vorkommen, als habe mit Trumps Präsidentschaft kein Blitz eingeschlagen, als habe zuvor eine regelbasierte Ordnung gegolten und nun herrsche nur noch die blanke Macht. Aber es hat an Regelverstößen auch vor Trump nicht gefehlt, und gerade die mittleren Mächte stricken weiter erfolgreich an Regeln, Stichwort EU-Mercosur. Unsere Panik rechtfertigt sich nicht aus einer plötzlichen Regelschwäche, sondern daraus, dass mit den USA der starke Partner wegbreicht. Der Druck, sich nun machtpolitischen Alternativen zuzuwenden, führt zu dringlichen Forderungen nach europäischer Souveränität im Umgang mit den Großmächten. Verortet man Europa in der Welt, ist es genau das, wonach wir jetzt schnell streben müssen. Verortet man sich allerdings als Staat in Europa, ist genauso klar, dass dies verhandelt werden muss: Auch ein Dreivierteljahrhundert europäische Integration hat nichts daran geändert, dass die Heimat der Bürger der Staat, nicht die Union ist. Einigungen brauchen Zeit, von der wir nur wenig haben, und dabei steht nicht fest, dass alles erfolgreich läuft. Aber Verhandlungen sind die Grundbedingung der Integration.

Daher finde ich die Sofortismus-Forderungen vieler Weltlagen-Großanalytiker unredlich. Formuliert im Modus des »I told you so«, gehen sie mit einer Besserwisser-Attitüde gegenüber Politikern

einher, denen fehlender Mut, fehlende Visionen und mangelnde Führungskraft vorgeworfen werden. Politiker spüren aber genauer als emeritierte Professoren, was gewollt und damit machbar ist. Das akademische Sehnen nach durchregierenden Politikern sollte eher demokratisches Kopfschütteln auslösen. Das heißt nicht, dass jetzt nicht eilends zu handeln wäre.

Wenn es auf Effizienz ankommt, kennt die EU eine erfolgreiche Methode: Sie entzieht Entscheidungen der Ebene der *high politics* und überantwortet sie den unter der streitenden Oberfläche werkenden Expertenebenen. Die Problemlösungsfähigkeit solcher Gremien ist meist unpolitisch, effizient und sachangemessen. So gewinnt man Zeit und Klugheit, wie beim Übergang vom Newtonschen Universum, in dem sich große Dinge langsam und



Der Rechtsphilosoph Ulrich Haltern, 58, ist Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zuletzt erschien sein Buch über die europäische Integration »Verschlungene Staaten« (C. H. Beck)

KATERYNA MISHCHENKO, UKRAINE

Fantasie an die Macht

Die zentrale Frage für Europa bleibt die Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine. Dieser Krieg ist ein Teil und ein Auslöser des perfekten geopolitischen Sturms, in dem wir uns heute befinden. Diese Katastrophe ist nicht allen in Europa bewusst. Jetzt noch zu hoffen, dass ein US-Präsident, der in seinem Land staatlichen Terror gegen die eigenen Bürger ausübt und zum Spektakel macht, der Ukraine und Europa Frieden bringen kann, ist mindestens unverantwortlich.

Eigentlich war es schon gestern an der Zeit, die eigene Einsamkeit wahrzunehmen, um sich zu sammeln und die Solidarität mit neuen Inhalten zu füllen. Ist Europa in den Augen der Maga-Bewegung links, inklusiv, divers, sozial, klimapolitisch wirksam? Diese Beschreibung sollte nicht als ein Kompliment verstanden werden, sondern als Europas radikales strategisches Ziel! Das Cosplaying, mit dem man Trump nur imitiert, verwickelt diesen Kontinent in einen noch umfassenderen Krieg. Der Geiz, die Vernachlässigung von Kultur, Wissenschaft, humanitärer und sozialer Hilfe, von Soft Power als Form der Politik – all das zwingt die europäischen Menschen in einen Spagat zwischen Angst und Frust. Das sind ideale Umstände für den

Rechtsruck, aber nicht für den Widerstand gegen eine reale militärische und/oder hybride Bedrohung.

Europa sollte sich nicht kleinreden, sondern weit denken. Die Begriffe »Europäische Union« und »Europa« bedürfen einer erneuerten Wechselbeziehung ihrer Bedeutungen. Ich sehe die europäische Zukunft in einer kühnen Erweiterung der Union und in menschenzentrierten Allianzen. Es kann sein, dass es sonst eines Tages keine EU mehr gibt. Ihre Struktur und die Prinzipien des transnationalen Miteinanders sollte man schützen, indem sie noch konsequenter durchgesetzt werden. Die Politik müsste sich dabei an den Menschen und nicht an den nächsten Wahlen orientieren.

Die Prozeduren, Regeln und Termine von Wahlen sind gut, aber Europa und seine Gesellschaften umfassen Menschen, die sich selbst nicht nur als Wähler, sondern als Bürger verstehen. Ich wünsche uns Bürger und Zukunft statt einer trägen, aussichtslosen Gegenwart.

Bisher beanspruchen nur die Tech-Oligarchen den Status von Futuristen unserer Welt. Diejenigen, die sich eine solche Zukunft nicht gern vorstellen, sollten nun ihre Fantasie aktivieren und sich ihre eigene Verantwortung vergegenwärtigen.



Kateryna Mishchenko, 41, Übersetzerin, Essayistin und Verlegerin, hat zusammen mit Katharina Raabe das Buch »Aus dem Nebel des Krieges« herausgegeben (Suhrkamp)

ANZEIGE

Heidelberger Frühling Musikfestival 14. März – 19. April 2026

Programm und Tickets:
heidelberger-fruehling.de



USA: BLEIBT JETZT NUR DER BRUCH?

FRANCIS FUKUYAMA, USA

Kümmert euch um eure eigenen Trumps

Kurzfristig steht außer Frage, dass Trumps Amerika, um es mit den Worten des kanadischen Premiers Mark Carney zu sagen, mit Europa gebrochen hat. Wer mit Zöllen und militärischer Gewalt droht, um Grönland an sich zu reißen, zählt als Feind – nicht als eigensinniger Verbündeter. Als Trump 2021 aus dem Amt schied und Biden ihn ablöste, war die Hoffnung groß, die USA würden aus dieser Episode erschütterter transatlantischer Beziehungen zurückkehren zu einem Zustand von vor 2016. Aber dass Trump 2024 wiedergewählt wurde – obwohl er die Wahl von 2020 angefochten hatte –, deutete darauf hin, dass in der amerikanischen Gesellschaft etwas Tiefgreifenderes vor sich ging.

Nun zeigt sich Trump noch härter. Er hat sowohl Gesetze wie Verfassung umgangen, indem er eine Flut von Präsidialverordnungen erließ, die Behörde ICE außerdem zur paramilitärischen Einheit umgebaut, um Immigranten abzuschieben. Seine Regierung zeigt sich ungerührt angesichts von Bundesbeamten, die amerikanische Staatsbürger erschießen. Ähnlich enthemmt hat sich Trump im Ausland gezeigt, im Iran, in Venezuela und Grönland. Er hat ja noch nie seinen Glauben an die Werte der Demokratie hochgehalten, sondern bewundert ganz öffentlich starke männliche Herrscher wie Wladimir Putin und Xi Jinping. Es ist also keine Übertreibung, zu sagen, dass Trump versucht, Amerika in ein autoritäres Land zu verwandeln.

Was darf einen da optimistisch stimmen? Vielleicht, dass all das nicht für eine dauerhafte Veränderung der amerikanischen Gesellschaft steht und dass das System der Gewaltenteilung Trump und seine Anhänger letztlich zügeln wird. Trump ist nicht beliebt. Seine Zustimmungswerte zählen zu den schlechtesten eines US-Präsidenten am Ende des ersten Amtsjahres, und sie fallen gerade noch weiter. Laut einer aktuellen Umfrage liegt die Zahl der Amerikaner, die eine gewaltsame Übernahme Grönlands befürworten, im einstelligen Bereich. 2025 schien es noch, als hätte Trump eine Koalition der Arbeiterklasse aus afroamerikanischen Männern und Lateinamerikanern zusätzlich zu seinen weißen Unterstützern versammelt. Die meisten von ihnen haben sich jedoch während der Nachwahlen im vergangenen November von ihm abgewandt,

und womöglich können die Demokraten das Repräsentantenhaus im kommenden November zurückgewinnen.

Die Wähler interessiert, was sie sich leisten können, und gerade steigen die Preise für alles – von Lebensmitteln über Wohnungen bis zu Medikamenten. Der Oberste Gerichtshof, der noch 2025 auf Trump hörte, hat begonnen, sich gegen ihn zu wenden und könnte bald entscheiden, dass seine Zölle verfassungswidrig sind. Die Republikaner, die Trump kastriert und zu einem passiven Chor aus Anhängern gemacht hat, erleben nun erstmals abtrünnige Kongressabgeordnete, die bereit sind, aufzustehen und den Präsidenten zu kritisieren.

Die meisten von Trumps Stammwählern bleiben zwar loyal, neigen jedoch zu Isolationismus. Und sollte eines von Trumps außenpolitischen Abenteuern die USA in einen größeren Konflikt verwickeln – Venezuela zum Beispiel –, könnten auch sie sich abwenden. Laut Umfragen ist die Unterstützung in Amerika für die Ukraine und die Nato noch immer groß, trotz der seltsamen Annäherungsversuche der Regierung an Russland. Und schlussendlich sieht Trump nicht gut aus, er wirkt wie ein 79 Jahre alter Mann, der geistig abbaut. Es ist möglich, dass er seine Amtszeit nicht vollständig ableisten wird. Und sein Vize, JD Vance, mag viele seiner Ansichten teilen, aber sein Charisma hat er nicht.

In gewisser Hinsicht hat Trump weniger Einfluss auf sein Land als seine Vorgänger. Er baut keine Institutionen auf, er zerstört sie. Seine Regierung hat weniger Gesetze verabschiedet als frühere Präsidenten, nur neue Gesetze aber stellen sicher, dass seine Politik auch noch die nächste



Francis Fukuyama, 73, ist Senior Fellow am Freeman Spogli Institute for International Studies der Stanford University und Professor für Politikwissenschaften. Er wurde 1989 berühmt durch seine These vom »Ende der Geschichte« nach dem Ende des Kalten Krieges

Wahl überdauern wird. Trump hat sich auf Show-Deals konzentriert, griff gezielt einen Unternehmenschef an oder senkte Zölle als Reaktion auf Geschenke oder Geschmeichel. Seine Angriffe auf die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen wurden stillschweigend vom Kongress kassiert, und viele seiner Maßnahmen werden sofort abgeschafft, sollten die Demokraten an die Macht kommen.

Das System der Gewaltenteilung ist also stabil. Es gibt aber Gründe, anzunehmen, dass das Land nie wieder zu jener instinktiven Unterstützung der liberalen Demokratie zurückfinden wird, die es einst auszeichnete. Denn Trump ist keine Anomalie. Er hat Unterstützung aus verschiedenen demografischen Lagern erhalten: junge Männer, Menschen ohne Hochschulabschluss und Minderheiten, die mit der vorherrschenden liberalen Orthodoxie unzufrieden waren. Diese Gruppen wurden nicht nur in den USA mobilisiert, sondern in der gesamten demokratischen Welt. In allen großen europäischen Ländern gibt es trumpartige, politische Anti-Establishment-Bewegungen, die eines Tages an die Macht kommen könnten. Was darauf hindeutet, dass Trump und Trumpismus keine rein amerikanischen Phänomene sind.

Und obwohl Trump kein Institutionenbauer ist, wird er ein machtvoll kulturelles Erbe hinterlassen. Er hat den Diskurs in den USA verroht und entwertet. Minister wie Pressesprecher reagieren inzwischen routiniert mit Beleidigungen auf kritische Fragen. Jegliche Konventionen bezüglich Korruption und persönlicher Bereicherung von Amtsträgern werden missachtet. Die *New York Times* schätzt, dass sich die Familie Trump während der zweiten Amtszeit um Milliarden bereichert hat. Trumps Gebrauch des Begnadigungsrechts war korrupt und wird jedem künftigen Präsidenten zur Verfügung stehen. Es wird keine Rechenschaftspflicht

mehr geben, seit Trumps Justizministerium eine Menge Juristen verlor, die sich nicht zum Werkzeug für Trumps persönliche Rache machen lassen wollten. Und Trump hat bewiesen, dass die »große Lüge« funktioniert, selbst in einem gebildeten Land: Ein erheblicher Teil der Wählerschaft glaubt, dass Biden die Wahl 2020 gestohlen habe und Impfstoffe schädlich seien. Das Internet hat die Kontrolle von Experten über Informationen unterlaufen, und die empirische Evidenz mag nun noch so hoch sein – sie reicht nicht, um gegen die Vielzahl an Verschwörungstheorien anzukommen. So weit das pessimistische Zukunftsszenario. Und nun?

Es ist möglich, Institutionen mit Gesetzen und politischen Maßnahmen wiederaufzubauen. Sehr viel schwieriger wird es aber sein, eine Ordnung wiederherzustellen, in der Amtsträger verstehen, dass sie dem Gemeinwohl dienen. Dafür ist es nicht nur wichtig, dass Trump und seine Anhänger Wahlen verlieren; wer sich der Korruption schuldig gemacht hat, muss strafrechtlich verfolgt und verhaftet werden. Wie das in einem Land funktionieren soll, das viel seiner staatlichen Durchsetzungskraft verloren hat, ist unklar. Die Einwanderungsbehörde ICE ist so korrupt, dass sie – außer durch Auflösung und Neuaufbau – nicht reformierbar ist.

All das erfordert harte, politische Arbeit und erscheint angesichts der aktuellen Polarisierung unwahrscheinlich. Fraglich ist auch, wie man den überdimensionierten politischen Einfluss der Tech-Oligarchen je wieder einzudämmen vermag, die sich fest im politischen System verankert haben. Sie treiben gerade eine technologische Revolution voran, die die Informationsrevolution des 20. Jahrhunderts übertreffen dürfte.

Die alte liberale Weltordnung wird wohl nie wieder in ihrer alten Form zurückkehren. Zuwanderung ist ein Hauptthema geworden, nicht nur in den USA, sondern in vielen Ländern, und auch das Misstrauen in die Eliten wird sich so schnell nicht auflösen.

Es ist aber wichtig, optimistisch zu bleiben, was die Erholung der liberalen und demokratischen Werte jener alten Welt betrifft. Die liberale Demokratie hat sich als beständig im Angesicht ihrer Alternativen erwiesen, und sie wird sich erst erholen, wenn die Menschen an ihre Möglichkeit glauben. Ein dauerhafter Bruch ist nicht im langfristigen Interesse der USA oder Europas – allein das kann zu einer künftigen Erholung führen. Und womöglich sehen wir schon jetzt eine Umkehr des Trends zum Autoritarismus in der Anti-Trump-Bewegung, die sich in den USA gerade entwickelt.

Foto: Frank Rülter/Lumen Photo/Vraum; Chloé Sherrock/Magali Laif; Civil Zannettacci/VU/Laif (G)



GABRIEL ZUCMAN UND ESTHER DUFLO, USA/ FRANKREICH

Steuern rauf und goodbye

Nach Venezuela, nach den Drohungen gegenüber Grönland und nachdem wir gesehen haben, was auf den Straßen von Minneapolis geschieht, geht es ums Überleben, um den Fortbestand grundlegender Menschenrechte und Werte. Länder wie Brasilien und Südafrika haben trotz aller US-Schikanen offen bekundet, wofür sie stehen. Europa muss sich dem Widerstand anschließen, sonst verliert es seine Seele.

Es hat sich oft gezeigt, dass Trump zurückweicht, wenn das Risiko für den Aktienmarkt steigt. Er ist zu stark von der Unterstützung einiger weniger Oligarchen abhängig, um das zuzulassen. Wir müssen ihn also wirtschaftlich treffen.

Die Europäische Union hat aufgrund der engen Verflechtung mit den USA einen großen ökonomischen Einfluss auf die Trump-Regierung. Große Technologieunternehmen erzielen beispielsweise etwa 25 Prozent ihres Umsatzes in Europa. Die EU hat 2023 ein wirkungsvolles Instrument gegen Zwangsmaßnahmen verabschiedet, die sogenannte »Bazooka«, die ihr weitreichende Befugnisse einräumt, um den Marktzugang zu beschränken und gezielte Maßnahmen gegen Personen und Unternehmen aus Ländern zu ergreifen, die sich erpresserischer Methoden bedienen.

Das Hauptproblem der Europäischen Union ist nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur. Die EU hat sich selbst die Hände gebunden, indem sie für gemeinsame Maßnahmen eine qualifizierte Mehrheit – oder sogar Einstim-

migkeit – vorschreibt. Die Anwendung des Instruments gegen Zwangsmaßnahmen erfordert eine qualifizierte Mehrheit: Mindestens 15 Mitgliedsstaaten müssen zustimmen. Es ist noch lange nicht klar, ob eine solche Mehrheit überhaupt vorhanden ist, selbst heute noch.

Wenn sich die Situation zuspitzt, sollten wir nicht warten, bis es zu spät ist. Kleinere Länderkoalitionen sollten ihre eigenen Gegenmaßnahmen ergreifen. Beispielsweise haben viele EU-Mitgliedsstaaten – darunter Frankreich, Italien und Spanien – eine Digitalsteuer eingeführt, um große Technologieunternehmen dazu zu bewegen, Steuern dort zu zahlen, wo sie ihre Umsätze erzielen. Die Steuersätze sind niedrig (in der Regel bei etwa drei Prozent), könnten aber stark angehoben werden, was die Gewinne der US-Technologieunternehmen schmälern würde, die Trumps Nähe suchen und einen überproportionalen Anteil am Aktienmarkt ausmachen.

Diese Logik könnte noch weitergeführt werden, indem man die amerikanischen Oligarchen ins Visier nimmt, die große Anteile an diesen Unternehmen halten und letztlich vom Zugang zum EU-Markt profitieren. Eine Gruppe von EU-Ländern könnte ihnen eine Vermögenssteuer auferlegen für das Recht, dort weiterhin Geschäfte zu tätigen, und diese bei Nichtbeachtung auf den Umsatz ihrer Unternehmen erheben.

Einige von ihnen (wie Peter Thiel) scheinen zutiefst ideologisch zu sein, aber die meisten anderen stehen des Geldes wegen zu Trump – und könnten schnell ihre Haltung ändern, wenn ihre persönlichen Finanzen darunter leiden.

Esther Duflo, 53, lehrt am MIT und erhielt 2019 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Gabriel Zucman, 39, ist Direktor der EU-Steuerbeobachtungsstelle und lehrt in Berkeley

ANZEIGE

Schwedisches Design mit farbstarker Seele

FRÜHJAHR 2026
NATURAL DYES
Gefärbt mit natürlichem Pigment

Kleid „Rose hip“ und Kleid „Thistle“

Gudrun Sjödén
gudrunsjoden.com

Tel. 0911 / 960 69 69

SCHWEDEN DEUTSCHLAND NORWEGEN DÄNEMARK FINNLAND VEREINIGTES KÖNIGREICH
USA KANADA FRANKREICH SCHWEIZ ÖSTERREICH NIEDERLANDE

TITELTHEMA: USA: BLEIBT JETZT NUR DER BRUCH?



CHRISTOPH MÖLLERS,
DEUTSCHLAND

Nun ist
List gefragt

Aus dem 3. Rang der Intellektualität ist es leicht, Ratschläge zu geben. Daher nur zwei Beobachtungen.

Weder können die Europäer die Beziehung zu den USA einfach abbrechen, noch können sie ignorieren, dass sie zu deren ideologischem Hauptgegner geworden sind. Dazwischen zu lavieren, ist die unangenehme Aufgabe. Doch wäre für die zugleich hoch moralisierte («Wertegemeinschaft») und technokratische («Soft Power») europäische Außenpolitik ein listiger und doppelböiger Politikstil gefragt, der ihr bisher fremd ist.

Zweitens ist es erstaunlich, dass in dieser Situation gar nicht über institutionelle Reformen der EU gesprochen wird. Nur mit einem Umbau der Institutionen ließe sich die potenzielle Größe der EU als wirtschaftliche, kulturelle und militärische Macht in politische Handlungsfähigkeit übersetzen. Ein Europa der Mitgliedsstaaten wird es nicht schaffen.

Christoph Möllers, 56, ist Professor für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin und ab September Rektor des Wissenschaftskollegs



PETER SLOTERDIJK,
DEUTSCHLAND

Die Not ist ein
Glücksfall

Man kann gegenwärtig das alte Dramen- und Märchen-Schema »Glück im Unglück« mit gutem Grund auf Europa anwenden. Aus einer langen Traumzeit dem Erwachen sich nähernd, merken die Leute an der Spitze mit einem Mal, dass die politischen Temperaturen unter null gesunken sind. Man reißt sich die Augen und kommt zu dem Schluss, künftig müsse man fürs Raumklima selber etwas tun. Der glückliche Aspekt dabei liegt darin, dass man genötigt wird zu erwachen, bevor noch größeres Unheil eintritt. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob das erschreckte Europa imstande ist, auch ein erwachtes und erwachsenes zu werden.

Peter Sloterdijk, 78, ist Philosoph und lebt in Berlin. Im März erscheint von ihm »Der Fürst und seine Erben« (Suhrkamp)

Berichtigung

In der ZEIT Nr. 4/26 stand in der Kino-Rezension zum Film »Hamnet« («Weinen oder Nichtweinen» von Katja Nicodemus), der Film habe sechs Golden Globes erhalten. Tatsächlich war er für sechs nominiert und hat zwei bekommen.

CORINE PELLUCHON, FRANKREICH

Wer überlebt,
lebt intensiver

Die Macht Europas ist nicht mit der von Imperien vergleichbar. Sie speist sich vielmehr aus der Einsicht, was für ein großes Glück es ist, in einer Welt zu leben, die der Vielfalt der Menschen offensteht. Sie gründet auf der Fähigkeit, Unterschiede nicht zu negieren, sondern politisch fruchtbar zu machen. Deshalb ist sie ihrem Wesen nach demokratisch.

Demokratie ist die politische Antwort auf unsere »Gebürtlichkeit«, sagt Hannah Arendt. Da jeder Mensch mit seiner Geburt ein Versprechen der Erneuerung der Welt ist, kann er sich in der Demokratie das Erbe einer Gesellschaft zu eigen machen und durch sein Handeln bekräftigen, was es zu bewahren, und auch, was es zu verändern gilt. Darin liegt Europas Macht. Militärische Bewaffnung und industrielle Wettbewerbsfähigkeit reichen nicht aus, um sie zu stärken. Europas Stärke kann darin liegen, dass es sich das politische Projekt der Ökologie zu eigen macht, das auf dem Respekt vor dem Lebendigen

und dem Bewusstsein der Endlichkeit basiert.

Europa muss überleben. Wer überlebt, lebt fortan intensiver. Zu überleben bedeutet, neu zu definieren, was sinnvoll ist, weil man von der möglichen Katastrophe her denkt und handelt. Wer überlebt, ist Zeuge der Zukunft. In Zeiten der Gefahr schöpft er Kraft

aus den Lehren vergangener Kämpfe, um in ihnen die Versprechen der Freiheit zu entdecken, die ihn befähigen, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Wenn nicht jeder dieses Ideal der Gerechtigkeit verkörpert, leben Gesellschaften auch in vermeintlichen Friedenszeiten in einer Art Krieg. Trotz des gegenwärtigen Chaos ist es wichtig, die schwache Kraft der Hoffnung zu wecken, ohne die wir unter die Herrschaft von Raubtieren geraten, und zwar innerhalb wie außerhalb unserer Grenzen. Erinnern wir uns daran, dass es unsere erste Pflicht als Europäer ist, zu verhindern, dass die extreme Rechte und der Narzissmus die Macht übernehmen.



Corine Pelluchon, 58, ist Professorin für Philosophie an der Universität Gustave Eiffel bei Paris. Im Mai erscheint ihr Buch »Die Macht des Weiblichen« (C. H. Beck)

SEYLA BENHABIB, USA

Lasst euch nicht
verführen

In Zeiten des Umbruchs ist es nicht nur ein Merkmal rhetorischer Brillanz, die richtigen Worte zu finden. Es kann historische Bedeutung haben. Mark Carney ist kein Philosoph, sondern ein kluger Staatsmann. In Davos sprach der kanadische Premier kürzlich von einem Bruch, um zu beschreiben, was die Welt, zumindest die westliche und nördliche Hemisphäre, derzeit durchlebt: das Gefühl, dass etwas zerrissen wurde, ohne dass wir wirklich wüssten, wie es sich wieder zusammensetzen ließe.

Bereits seit einiger Zeit kursieren Ausdrücke wie die »multipolare Weltordnung«, der »Niedergang des Westens und der Aufstieg des Rests« oder das »Ende der Globalisierung«. Entscheidend ist dabei nicht, ob sie einfach sind, was vor sich geht. Entscheidend ist, endlich zu merken, dass jenseits von Trumps oft maßlos narzisstischen Handlungen und Worten weit aus Größeres auf dem Spiel steht. Sein Wahnsinn hat Methode, ob wir sie verstehen oder nicht.

Handelt es sich um eine neue Form des Imperialismus aus dem 19. Jahrhundert? Oder um eine Wiederbelebung der »Einfluss-sphären« und »Groß-raumtheorien« wie bei Carl Schmitt? Immerhin wissen wir jetzt, dass die nationale Sicherheitsstrategie, die JD Vance den Europäern vor einigen Monaten vorstellte, auf einem Verbund derartiger Vorstellungen beruht.

Es offenbart eine gewisse Ironie, dass die Trump-Regierung Landmassen in Einfluss-sphären unterteilt, während ihre Doktrinen selbst von »mitteleuropäischer« Herkunft sind: Ethnonationalismus gegen Staatsbürger-nationalismus, Souveränismus gegen Liberalismus und Individualismus; die Verteidigung traditioneller »Familienwerte« und hegemonialer Männlichkeit. Es wäre töricht zu glauben, all dies sei geografisch begrenzt. Recep Tayyip Erdoğan stimmt mit Viktor Orbán überein, genau wie Narendra Modi sich selbstverständlich in der Gesellschaft Wladimir Putins bewegt. Insbesondere für Europa wäre es eine Falle, das Wiederaufleben des

Autoritarismus bloß geopolitisch zu deuten.

Die Falle der Trump-Regierung für die Europäische Union besteht darin, sie zu einer Rückkehr zu ethno-nationalistischem und militaristischem Souveränismus zu verleiten. Kritiker der EU wie JD Vance zeigen wenig Verständnis für die Erfahrungen der Weltkriege und die Erinnerung an den Holocaust, die zur Gründung der Europäischen Union geführt haben; stattdessen verhöhnen sie die europäische Migrationspolitik und attackieren Gesetze gegen antisemitische Äußerungen. Damit ziehen sie die Europäer zurück zu ihren eigenen ethnisch definierten, weißen Nationalismen, während sie zugleich behaupten, nur weiße Afrikaner verdienten den Schutz des US-Asylrechts.

Europa sollte sich auf dieses Spiel nicht einlassen – und ich schließe hier auch Großbritannien ein, das ebenso wie Kanada für einen vernünftigen Liberalismus steht, der soziale Sicherung und Respekt vor den Menschenrechten hervorgebracht hat. Eleanor Roosevelts Arbeit an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beruhte maßgeblich auf den unermülichen Anstrengungen des kanadischen Juristen John Peter Humphrey.

Europa sollte sich nicht von den USA abwenden, auch wenn es mehrere Partnerschaften, etwa mit Lateinamerika oder China, verfolgen muss. Die Trump-Administration hat nie die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung repräsentiert. Und auch wenn sie mit aller Kraft darum kämpfen wird, bei den Zwischenwahlen 2026 nicht die Macht zu verlieren, vertraue ich darauf, dass das Volk aufstehen und den Kurs korrigieren wird – so wie es dies derzeit in Minnesota tut. Dann wird es eines weiteren Bruchs bedürfen, um nicht nur ein neues Verhältnis zu Europa, sondern auch zu China zu schmieden. Doch das ist ein anderes Thema.



Seyla Benhabib, 75, ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaft und Philosophie in Yale. Zuletzt erschien von ihr »At the Margins of the Modern State« (Polity)



NIKOLAJ SCHULTZ,
DÄNEMARK

Grünland
für alle

Der Januar war sicherlich kein einfacher Monat für dänische Soziologen. Denn sie mussten befürchten, dass ein Teil ihres Landes möglicherweise annektiert wird, und gleichzeitig erkennen, dass alle ihre Rahmenkonzepte zur Analyse der Geopolitik mehr oder weniger nutzlos schienen. Ja, alles war so seltsam wie beunruhigend – so unvereinbar, so ungewiss. Was sich abspielte, war weit entfernt von einer »Veränderung der geopolitischen Landschaft«, es war eher eine Revolution dessen, was man über die Welt zu wissen glaubte.

Offensichtlich war die unheimliche Erfahrung der Verunsicherung nicht nur den Grönländern, Dänen oder Sozialwissenschaftlern vorbehalten. Vielmehr schien sie sich zu einer vorübergehenden globalen »Geisteshaltung« zu entwickeln. Wird Trump mit militärischer Gewalt oder wirtschaftlicher Macht »erobern«? Aus Verteidigungsgründen, wegen der Ressourcen oder einfach um der territorialen Expansion willen? Es sind Fragen nach dem »Was« und »Wenn, dann«, die endlos analysiert wurden, in der Hoffnung, herauszufinden, wie man sich in der Dunkelheit zurechtfindet.

Was die Kommentatoren jedoch weniger ausführlich analysierten, ist das, was bei Trump nicht unvorhersehbar ist – nämlich die Tatsache, dass der Anti-Umweltschutz nach wie vor den Kern seiner Politik bildet. Bereits vor zehn Jahren stellte der französische Ökologe Bruno Latour fest, dass die systematische Leugnung des Klimawandels eines der wenigen konstanten Elemente des Trumpismus sei, ein strukturierender politischer Bestandteil – und er hatte recht. Damals wie heute, bei Trump 1.0 und 2.0, hat sich fast alles verändert – Politik, Loyalitäten, Feinde –, außer »Drill, baby, drill« und der Verachtung ökologischer Belange. Lesen Sie seine Rede in Davos noch einmal: Bis Trump (endlich) Grönland erwähnt, war sie ein einziges langes, sich wiederholendes antiökologisches Manifest, in dem er uns europäische »Verlierer« und unsere grüne Politik kritisierte, die »Rückkehr« der Amerikaner zu traditionellen Energiequellen verteidigte und schließlich in den faszinierenden Sätzen gipfelte: »Der Green New Scam – vielleicht der größte Schwindel der Geschichte (...). Windräder überall, zerstören Ihr Land, zerstören Ihr Land.«

Tatsächlich kann man nur, indem man die klimatischen Realitäten leugnet und in fossile Brennstoffe investiert, vorläufig behaupten, hinter einer Mauer »Amerika wieder groß zu machen« – und nur so kann man gleichzeitig Amerika »größer machen« wollen, über seine Grenzen hinaus. Nein, der Klimawandel ist nicht der Grund, warum Trump dieses »große Stück Eis« will – aber nur jenseits von grünem Land scheint er in der Lage zu sein, die Übernahme Grönlands zu legitimieren.

Der Zusammenhang ist diskussionswürdig: Zwei Arten von Kriegsdrohungen – die eine gegen das Klima, die andere gegen einen Nato-Verbündeten – scheinen miteinander verschmolzen zu sein und gehen von demselben Despoten aus. »Zerstört euer Land, zerstört euer Land!« Oder lernt, euer Land auf zwei Arten gleichzeitig zu verteidigen.

Könnte eine stärkere Klimakoalition entstehen, so wie ein gestärktes Europa entstehen könnte, wenn wir erkennen, dass dieselbe Nation uns nun an zwei Fronten bedroht? Wie Bruno Latour und ich nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine geschrieben haben: zwei Weltuntergänge auf einmal. Diesmal werden sie ausgelöst durch einen »Verbündeten«. Das ist fast zu schwer zu verdauen.

Nikolaj Schultz, 35, ist Assistant Professor of Social Theory and Ecological Thought in Aarhus. Auf Deutsch erschien zuletzt sein Buch »Landkrank« (Suhrkamp)

EMANUELE COCCIA, ITALIEN

Das Ende der Nato ist eine
historische Chance

Die Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, ist innerhalb weniger Wochen zerbrochen. Gewiss, es handelte sich um eine fragile Ordnung: Die Trümmer des Kriegs, der den Kontinent und seine Kultur zerstört hatte, waren gleichsam auf wundersame Weise wieder zusammengesetzt worden. Die Frage jedoch, die seit nunmehr achtzig Jahren auf eine Antwort wartet, ist genuin politischer Natur: Kann man eine gemeinsame Form des Daseins finden, die sich nicht über die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen ethnischen Identität oder einer einzelnen Nation definiert? Diese Frage lässt sich nicht umgehen: Faschismus und Nationalsozialismus sind substantielle Ausprägungen der europäischen Staatsidentität. In den Nationen zu verharren oder zu ihnen zurückzukehren, heißt, ihre Wiederkehr zu riskieren.

Aus dieser Perspektive ist das absehbare Ende der Nato letztlich eine historische Chance von unschätzbarem Wert für Europa. Es gilt, eine Politik zu denken, die die abendländische Moderne endgültig hinter sich lässt, um der Gegenwart gewachsen zu sein. Doch neben dieser radikalen politischen muss eine ebenso entschiedene ökonomische und kulturelle Neu-

bestimmung stehen. Europa wird ohne eine wirkliche technologische Autonomie nicht bestehen können: Die Gemeinschaft formt sich heute ebenso sehr im digitalen Raum wie im geografischen. Daher ist es notwendig, über eine gemeinsame Produktion und Verwaltung dieses Raums nachzudenken, die nicht einer Unterwerfung unter andere politische Mächte gleichkommt.

Schließlich besteht eine dringlichere Notwendigkeit denn je, eine gemeinsamen kulturellen Produktionsraum wieder aufzubauen. Durch das Erasmus-Programm hat Europa bereits mindestens zwei Generationen von Intellektuellen hervorgebracht, die einen gemeinsamen Hintergrund und mehr als eine Sprache teilen. Doch es gilt, die Universitäten des Kontinents, ebenso wie die Museen und die Bildungssysteme, noch enger zu verbinden: die gemeinsame Geschichte aus kontinentaleuropäischer Perspektive zu lehren, eine gemeinsame Sprache einzuführen, die Museen und das kulturelle Erbe der Nationen zu vereinen. Europäische Universitäten müssen zum neuen Zentrum einer planetarischen Wissensbildung werden: Der Niedergang der amerikanischen Akademien macht dies dringlicher denn je.



Emanuele Coccia, 50, ist Philosoph und Professor an der École des hautes études en sciences sociales in Paris. 2024 erschien von ihm »Das Leben der Formen« (Hanser)



KAROLINA WIGURA UND JAROSŁAW KUIZŚ,
POLEN

Die USA haben längst mit
dem Westen gebrochen

Im Jahr 1940 wandte sich der Nobelpreisträger Thomas Mann aus seinem Exil in den Vereinigten Staaten in Rundfunkansprachen an die Deutschen. Er argumentierte, dass es »zwei Deutschlands« gebe: eines, das von antidemokratischer Barbarei zerfressen sei, und eines, das sich weiterhin dem Versprechen der Demokratie verpflichtet wisse. Die Zukunft, betonte Mann, werde davon abhängen, welches Deutschland sich durchsetzen werde – und welches von der Welt anerkannt.

Im Jahr 2026 stehen die Europäer vor einem vergleichbaren Dilemma – nicht mehr in Bezug auf Deutschland, sondern auf den Westen. Im ersten Jahr der Präsidentschaft von Trump sind praktisch zwei Westen entstanden.

Wir wurden noch hinter dem Eisernen Vorhang geboren, in einer Welt, die in einen demokratischen Westen und einen autoritären Osten getrennt war. Ein Privileg unserer Generation war es, den Zusammenbruch des Ostblocks zu erleben, während die daraus hervorgegangenen Staaten vor einer historischen Entscheidung standen: Wollten sie Teil des demokratischen Westens werden? Die meisten von ihnen bejahten dies. Seit den 1970er-Jahren versprach der Beitritt zum Westen auch Sicherheit im grundlegendsten Sinne. Die liberale Demokratie funktionierte ebenso als geopolitischer Schutzschild wie als moralisches Ideal.

Jetzt gilt diese Gleichung nicht mehr. Nun gibt es zwei konkurrierende Versionen des Westens. Ein Schwerpunkt liegt in Brüssel und umfasst die europäischen Regierungen, die an der Nachkriegsordnung festhalten: der Achtung

des Völkerrechts, der verfassungsmäßigen Begrenzung der Macht und der Ablehnung von Einfluss-sphären, die durch Zwang auferlegt werden.

In Washington, D. C. ist ein zweites Zentrum des Westens entstanden. Seit Trumps Rückkehr ins Amt hat sich eine alternative westliche Doktrin herausgebildet. Die Nato wird als Belastung dargestellt, die Europäische Union als Feind der Souveränität, und liberale Normen gelten als Hindernisse für eine authentische Demokratie. Gerichte und verfassungsrechtliche Kontrollen werden als illegitime »gatekeeper« angegriffen, während die politische Loyalität zunehmend das Recht als Maßstab für Legitimität ersetzt.

Die Trennlinie zwischen diesen beiden Westen verläuft nicht mehr entlang staatlicher Grenzen. Sie durchzieht die Gesellschaften und verbindet oder trennt Regierungsparteien, Oppositionsbewegungen und Medien-Ökosysteme von Washington über Budapest bis nach Berlin und London. Was den liberalen Westen eint, ist keine kohärente andere Ordnung, sondern eine gemeinsame Feindseligkeit gegenüber liberalen Einschränkungen.

Es muss klar gesagt werden: Europa bricht nicht mit den USA. Sondern die derzeitige US-Regierung bricht mit der Idee des Westens, wie die Europäer sie seit 1945 verstehen. Die Aufgabe Europas besteht nun nicht darin, um die Einheit des Westens zu trauern, sie sollten seine Spaltung anerkennen und entsprechend handeln. Demokraten müssen sich über Grenzen hinweg vereinen. Nicht in Melancholie, sondern entschlossen.

Karolina Wigura, 45, und Jarosław Kuizś, 50, sind Mitarbeiter an der Oxford School for Global and Area Studies und Senior Fellows am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Ihr neues Buch über die Spaltung des Westens erscheint 2026 (Suhrkamp)